

Herrn Landrat  
Werner Stump

im Hause

07.04.2005

### **Antrag zur Sitzung des Kreistages am 21.04.2005**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, den folgenden Antrag auf der Tagesordnung der o.g. Sitzung am 21.04.2005 zu berücksichtigen:

#### **Änderung des Stellenplans/ Aufstockung der Stellen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit**

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Kreistag beschließt, im Bereich des Ordnungsamtes die Stellen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit von zwei auf sieben durch Umstrukturierungen im Stellenplan aufzustocken.

#### **Begründung:**

Immer mehr Bürger aus den EU-Mitgliedsstaaten im Osten unterlaufen die Einschränkungen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Seit einigen Monaten ist im Rheinland sowie in den Großräumen Frankfurt und München eine Entwicklung zu beobachten, die auf eine organisierte Einschleusung polnischer Arbeiter vorwiegend als scheinselfständige Fliesenleger hinweist. In den drei Räumen, zu denen auch Köln und der Rhein-Erft-Kreis gehören, rechnet man mit über 1.000 Anmeldungen sogenannter selbständiger polnischer Fliesenleger zum Ende dieses Jahres. Allein in der Stadt Kerpen sollen 40 scheinselfständige polnische Fliesenleger ihren Sitz haben. Für 80 – 90 % muss eine Scheinselfständigkeit unterstellt werden; der Rest soll mehr oder weniger ordentlich nach den Kriterien eines Handwerksbetriebes

...

kalkulieren und arbeiten. Die scheinselfständigen Fliesenleger sollen zu Dumpingpreisen von vier bis sechs Euro arbeiten, womit der auf westdeutschen Baustellen aufgrund des Entsendegesetzes für Facharbeiter geltende Mindestlohn von 12,47 Euro deutlich unterschritten wird. Die Folge ist, dass heimische Unternehmer nicht mehr mitbieten können und dies oft das Aus für ordentliche Handwerksbetriebe bedeutet.

Nach Ansicht der SPD-Kreistagsfraktion ist eine schnelle und effektive Bekämpfung der dargestellten Praxis dringend geboten. Hier muss seitens der Verwaltung Hand in Hand mit der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zollamtes gearbeitet werden. Die beschriebene Problematik ist der Verwaltung bekannt, dort wurden jedoch Schwierigkeiten bei der Bekämpfung dieser neuen Form illegaler Beschäftigung eingeräumt. Mit nur zwei Mitarbeitern im zuständigen Bereich dürfte dies nach unserer Einschätzung auch unmöglich sein. Wir halten es daher für dringend geboten, die Mitarbeiterzahl umgehend wieder von zwei auf sieben im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit aufzustocken. Dies soll durch Umschichtungen im Stellenplan passieren. Durch die Einführung von SGB II/ Hartz IV zu Beginn des Jahres und die kurz bevorstehende Aufnahme der Arbeit durch die ARGE befinden sich momentan ohnehin Bereiche des Personals im Umbruch, so dass dies eine zügige Umsetzung in diesen Bereich begünstigen dürfte.

Mit freundlichen Grüßen

Hardy Fuß MdL

**Verteiler:** Fraktionen